

# Kreis Forchheim

VERÄNDERUNGEN IN  
EBERMANNSTADTS SCHULEN

LOKALES, SEITE 16

## Meinung zu Familienpflege ist geteilt

**DISKUSSION** Auf Arbeitgeberseite herrscht nicht nur Zustimmung für den Gesetzesvorschlag von Bundesministerin Schröder. Manche Firmen argumentieren gegen die Neuerung, weil dadurch zusätzliche Kosten entstünden.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED NIKOLAS PELKE

**Forchheim** – Um die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege weiter zu fördern, plant die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eine gesetzliche Familienpflegezeit. So sollen Arbeitnehmer künftig zwei Jahre lang 50 Prozent arbeiten, aber 75 Prozent ihres Gehalts weiterverdienen. Es gebe verstärkt den Wunsch, zu Hause von Familienangehörigen gepflegt zu werden. Doch viele Arbeitnehmer fürchten die finanziellen Nachteile. Deshalb möchte Kristina Schröder einen Rechtsanspruch der Arbeitnehmer auf eine Familienpflegezeit von zwei Jahren Dauer einführen.

Bertram Brossardt von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft kritisiert das Gesetzesvorhaben. „Das Pflegekonzept der Bundesministerin läuft an der Realität der Pflege vorbei.“ Zum einen reichen zwei Jahre in den wenigsten Fällen. Fast die Hälfte der pflegebedürftigen Menschen werde länger als vier Jahre gepflegt. Zum anderen brauche es für das Konzept eine Familie. Dabei gebe es immer mehr Single-Haushalte. „Schon die bereits bestehende Möglichkeit der sechsmonatigen unbezahlten Freistellung nimmt kaum jemand in Anspruch.“

Deshalb sehen wir in einem Gesetz das falsche Signal. Es schiebt die Risiken einseitig den Arbeitgebern zu“, betont Brossardt. Vielmehr sei es Aufgabe der betrieblichen Personalpolitik, Vereinbarungen zu finden. Den Vorschlag der Familienministerin sieht man auch im Forchheimer Unternehmen Waasner skeptisch, weil das Gesetz für die Arbeitgeber nicht kostenneutral sei. Der Haken an dem Modell sei, dass in der 50-prozentigen Phase noch eine halbe Arbeitskraft eingestellt werden müsse, gibt Geschäftsführer und IHK-Vizepräsident



Menschen suchen im Alter suchen oft zu spät den Weg in eine Tagesstätte oder andere feste Wohnstrukturen. In vielen Fällen sind die Angehörigen aber mit der Pflege überfordert.

Foto: TKK/dpa/

Christian Waasner die Stimmung im Unternehmen wieder.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei auch ein strategisches Ziel bei Siemens. „Das

wollen wir aktiv fördern, nicht nur bei der Kinderbetreuung sondern auch beim Thema Pflege“, so ein Siemenssprecher. Das Unternehmen ermöglicht seinen Mitarbeitern sogar, dass

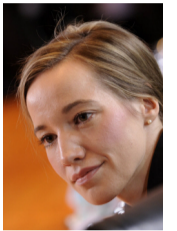
sie sich bis zu zwölf Monate für die Pflege von Angehörigen von der Arbeit freistellen lassen können. Am Standort Forchheim beschäftigt der Konzern derzeit rund 1600 Menschen.

## Politische Stimmen

**Berlin/München** – Zum Gesetzesvorhaben „Familienpflege“ sagt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU): „In dieser Zeit würde der pflegende Angehörige mindestens 50 Prozent arbeiten, bekäme aber, um davon leben zu können, 75 Prozent seines Gehalts. Später müsste er dann wieder voll arbeiten, bekäme aber weiterhin so lange 75 Prozent des Gehalts wie er zuvor Teilzeit gearbeitet hat – bis also das Zeit und das Gehaltskonto wieder ausgeglichen sind.“

Bayerns Familienministerin unterstützt den Vorschlag: „Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und dazu gehört auch die Pflege – ist das Megathema der Zukunft. Es ist meine feste Überzeugung, dass Familie – und dazu gehört nicht nur die Kindererziehung, sondern eben auch die Pflege von Angehörigen – kein Karrierehindernis sein darf. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen sich den Bedürfnissen von Familien anpassen und nicht umgekehrt. Der Vorstoß der Bundesfamilienministerin ist deshalb ein ganz wichtiger Impuls

und ein erster Schritt in die richtige Richtung. Anstatt dies nun zu kritisieren, sollten alle konkrete Lösungen erarbeiten. Anders werden wir die Pflegekosten der Zukunft nicht schultern können“, sagt Christine Haderthauer (CSU).



Kristina Schröder



Christine Haderthauer

## Beratungsstellen und Ehrenamtliche kümmern sich

**ANSPRECHPARTNER** In Forchheim gibt es zwei Anlaufstellen für Angehörige von Menschen, die Unterstützung und Pflege benötigen.

**Forchheim/Pottenstein** – Rund drei Viertel der Pflegebedürftigen werden in Deutschland von Angehörigen, Nachbarn und Freunden zuhause versorgt und betreut. Deshalb wurden Fachstellen für pflegende Angehörige als Anlauf- und Beratungsstellen geschaffen. In Oberfranken gibt es derzeit zwölf Fachstellen, die vom Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) mit bis zu 17 000 Euro pro Vollzeitbeschäftigter Fachkraft gefördert werden. In Forchheim existieren derzeit zwei Beratungsstellen, die mit jeweils einer Teilzeitkraft besetzt sind.

„Im letzten Jahr habe ich insgesamt 227 Angehörige von Pflegebedürftigen beraten“, berichtet Christine Bachmann von der Beratungsstelle für pflegende Angehörige des Caritasverbandes für den Landkreis Forchheim. Angesichts der Überalterung und leerer Kassen rücken die Angehörigen nun freilich in den Blickpunkt. Hauptziel der 2002 gegründeten Fachstelle sei, die Pflegebereitschaft und Pflegefähigkeit der Angehörigen zu erhalten. Beratungsgespräche würden telefonisch, im Büro oder bei Hausbesuchen durchgeführt.

### Frauen pflegen Angehörige häufiger

Neben Informationen über finanzielle und rechtliche Fragen würden die Angehörigen auch seelische und alltagspraktische Entlastungsmöglichkeiten suchen. Der seelischen Entlastung dienen Gespräche über belastende Gefühle wie beispielsweise zu hohe Anforderungen durch die Pflegebedürftigen oder der Umgang mit Konflikten,

die im Zusammenhang mit der Pflege mit Angehörigen, aber auch Ärzten und Pflegekräften, auftreten können. Um Überlastung, Erschöpfung und dem Burn-out-Syndrom vorzubeugen, werden die pflegenden Angehörigen zur rechtzeitigen und gezielten Inanspruchnahme von Hilfen ermutigt.

„Im letzten Jahr habe ich insgesamt 174 Frauen und 53 Männer persönlich beraten. Die Anfragen nehmen jährlich zu.“

Christine Bachmann  
Beratungsstelle Caritas Forchheim

Vor allem Frauen würden sich dazu verpflichtet fühlen, die Pflege eines Angehörigen allein zu übernehmen. Freilich gebe es auch pflegende Ehemänner. „Im letzten Jahr habe ich 174 Frauen und 53 Männer persönlich beraten. Die Anfragen nehmen jährlich zu“, erzählt die 30-jährige Krankenschwester und diplomierte Pflegewirtin weiter. Ein großes Problem sei für die Angehörigen die Einstufung der pflegebedürftigen Menschen. Je nach

Pflegestufe – zwischen eins und drei – gewähren die Pflegekassen finanzielle Hilfen. Nachdem die Kasse den Antrag rechtlich geprüft hat, beauftragt diese den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MdK) mit der Begutachtung. Eine private Pflegeversicherung beauftragt einen eigenen Gutachterdienst.

### Pflegestufen sind die Krux

Bei der Feststellung des Hilfsbedarfs ist der Gutachter an strenge Regeln gebunden. Hier liegt nach Meinung von Christine Bachmann die Krux. „Eine Pflege nach Leistungskomplexen, die mit entsprechenden Zeitwerten verbunden werden, bildet nicht die Realität ab.“ Einfach ausgedrückt heißt dies, die Angehörigen brauchen in der Realität mehr Zeit für die Pflege und Betreuung der eigenen Angehörigen.

Ein Sonderfall sind pflegebedürftige Menschen, die beispielsweise unter einer Demenzerkrankung leiden. Hier gebe es laut Bachmann zusätzliche Leistungen der Pflegekassen. Ausgezahlt würden diese Betreuungsleistungen zwar nicht, sie könnten aber beispielsweise für ehrenamtliche Demenzbetreuung verwendet werden.

### Verein aus Pottenstein hilft

Ein Schwerpunkt des Pottensteiner Elisabeth-Vereins ist, den richtigen Umgang mit Demenzerkrankten zu vermitteln. Derzeit engagieren sich hier rund 20 ausgebildete Helfer, die pflegende Angehörige gegen eine kleine Aufwandsentschädigung hin und wieder entlasten. Der Verein wird da-



Christine Bachmann



Monika Blechschmidt

ausgeglichen. Man versuche, den Wunsch der meisten Pflegebedürftigen zu erfüllen, auch im Alter und bei Erkrankungen in den eigenen vier Wänden leben zu können.

Der professionelle Pflegedienst sei hier sicherlich auf die engagierte Mitarbeit von Angehörigen und Ehrenamtlichen angewiesen. Im ländlichen Bereich wie im Landkreis Forchheim funktionieren glücklicherweise häufig auch noch die Nachbarschaftshilfe auch in diesen Fällen ausgezeichnet, so die Pflegeexpertin. Um dem drohenden Mangel an privater und professio-

bei von der Sozialstation der Caritas in Pegnitz unterstützt. Aufgrund von Demenzerkrankungen erhöhe sich der Betreuungsaufwand enorm, gibt Monika Blechschmidt, Zweite Vorsitzende des Elisabeth-Vereins und Caritas-Pflegedienstleiterin, zu bedenken. Der Schwerpunkt bei der Betreuung liege hier nicht bei der Körperpflege. Vielmehr gehe es darum, die Demenzerkrankten anzunehmen wie sie sind, und ihnen Anerkennung und Wertschätzung zu zeigen. Leider seien die Betroffenen oft

unausgeglichen. Man versuche, den Wunsch der meisten Pflegebedürftigen zu erfüllen, auch im Alter und bei Erkrankungen in den eigenen vier Wänden leben zu können.

Der professionelle Pflegedienst sei hier sicherlich auf die engagierte Mitarbeit von Angehörigen und Ehrenamtlichen angewiesen. Im ländlichen Bereich wie im Landkreis Forchheim funktionieren glücklicherweise häufig auch noch die Nachbarschaftshilfe auch in diesen Fällen ausgezeichnet, so die Pflegeexpertin. Um dem drohenden Mangel an privater und professio-

neller pflegerischer Betreuung angesichts des demografischen Schicksals zumindest ansatzweise zu begegnen, hält auch Martin Alfsmann, Leiter der Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe Forchheim, die Einführung der verbesserten Pflegezeit für richtig und wichtig.

Der Vorschlag müsse aber im Hinblick auf Nachteile der Arbeitnehmer bei der Rentenversicherung nachgebessert werden. Auch trügen die Unternehmer im Fall einer Kündigung bislang allein das Risiko.

### „Töchterpotenzial“ nimmt ab

Der Fachmann betont auch, dass die Zahl der Pflegebedürftigen sich bis 2030 im Vergleich zu 2010 verdoppeln werde. Die Zahl der Demenzerkrankten, Diabetiker und Schlaganfallpatienten werde voraussichtlich sogar um 70 Prozent steigen. „Angesichts solcher Zahlen und eines schon jetzt bestehenden Fachkräftemangels macht jeder Schritt Sinn, der die Institution ‚Angehörigenpflege‘ unterstützt“, erklärt Alfsmann weiter.

Außerdem schrumpfe durch die niedrigen Geburtenraten einfach das „Töchterpotenzial“. Auch seien heute mehr Frauen berufstätig. Deshalb sei der Vorschlag der Ministerin sinnvoll.

Gleichzeitig sei der Rückgang der Pflegebereitschaft aber kaum aufzuhalten. Rund 30 Prozent seien einer Studie zufolge bereits selbst im Rentenalter und profitieren also nicht von der geplanten Neuregelung zur Entlastung der pflegenden Angehörigen.